

BAG Studierende

[08/17]

Informationen der
Vereinten
Dienstleistungsgewerkschaft
Fachbereich 05

Wir können alles, außer politisches Mandat. Studierende in ver.di zur Novellierung des Landeshochschulgesetzes in Baden-Württemberg

Die grün-schwarze Landesregierung in Baden-Württemberg möchte der Verfassten Studierendenschaft das politische Mandat wieder entziehen. Bereits 1977 abgeschafft und erst 2012 wiedereingeführt, hat nun die CDU eine erneute Streichung eingefordert. "Das politische Mandat der Verfassten Studierendenschaft öffnet Tür und Tor für Missbrauch", so sieht es zumindest CDU-Wissenschaftsexpertin Sabine Kurtz. (Badische Zeitung)

Wir als Bundesarbeitsgruppe (BAG) Studierende sehen politisches Handeln nicht als "Missbrauch". Studierende müssen die Möglichkeit haben mit zu reden und sich einzubringen, anstatt nur als Zaungäste der Demokratie zur Passivität verdammt zu sein. Hochschulen sind kein unpolitischer Raum, in dem nur Verwertbares gelernt wird. Hochschulen sind Nährböden für Bildung und das heißt auch Bildung von politischen Menschen. Demokratie braucht ein politisches Mandat, auch an den Hochschulen in Baden-Württemberg. Wir unterstützen daher die Position des freien Zusammenschlusses von Studierendenschaften (fzs), dass die Arbeit der Verfassten Studierendenschaften weitaus mehr seien, als ein reines Serviceangebot für Studierende. Studentisches Engagement für soziale und gesellschaftliche Belange wirke weit über die Hochschulen hinaus. (fzs)

Dabei stellt dieses politische Vorhaben kein Einzelfall gegen Studierende dar. Erst kürzlich wurden in Baden-Württemberg Studiengebühren für ausländische Studierende und Zweitstudierende eingeführt. Die Studierendenschaften haben sich deutlich gegen Studiengebühren aller Art ausgesprochen (Asta Kit). Demokratie bedeutet auch, dass die Landesregierung der Studierendenschaft nicht den Mund verbietet, weil deren Kritik sich gerade gegen sie wendet. So klagt derzeit ein ausländisch Studierender gegen die neu eingeführten Studiengebühren für ausländische Studierende. Die Studierendenschaft unterstützt diese Person im Rahmen ihres politischen Mandates. Kritik sollte zum Dialog anregen und nicht auf das "Kaltstellen" von unbequemen Akteuren abzielen. Der Vorstoß der Landesregierung in Baden-Württemberg ist auch als demokratischer Fingerzeig mehr als fraglich. Antidemokratische Tendenzen und Aushöhlungsversuche nehmen weltweit zu. Es kann und darf nicht bedeuten, dass den Studierenden von der Landesregierung das politische Mandat genommen wird. Studiengebühren sind ein Hemmnis und führen zum Bildungsausschluss ganzer Bevölkerungsteile. Die BAG Studierende positioniert sich daher deutlich gegen Studiengebühren aller Art.

Als Studierende in ver.di stehen wir klar hinter den Forderungen des DGB Baden-Württemberg: „Der DGB lehnt den Anschlag auf die studentische Mitbestimmung durch eine Beschränkung des politischen Mandats der Verfassten Studierendenschaft entschieden ab“, so die DGB-Vize Gabriele Frenzer-Wolf zu aktuellen Presseberichten zur Novellierung des Landeshochschulgesetzes.

Verweise:

- Badische Zeitung (28.07.2017): <http://www.badische-zeitung.de/suedwest-1/politisches-mandat-studenten-sind-sauer-auf-ministerin--139949843.html>
- fzs (28.07.2017): <http://www.fzs.de/show/436250.html>
- Asta Kit (23.11.2016): <https://www.asta-kit.de/de/archiv/news/18012017-1847-studiengeb-hren-baden-w-rttemberg>
- DGB Baden-Württemberg (28.07.2017): <http://bw.dgb.de/presse/++co++da41f532-7378-11e7-9190-525400e5a74a>

